

Unterrichtung

durch die Delegation der Gruppe der Bundesrepublik Deutschland
in der Interparlamentarischen Union

über die VII. Interparlamentarische Konferenz über Europäische Zusammenarbeit
und Sicherheit in Wien vom 1. bis 3. Juli 1991

Inhalt:

- I. Teilnehmer (S. 1)
- II. Konferenzverlauf (S. 1)
- III. Zusammenfassung (S. 10)
- IV. Anhang (S. 12)

I. Teilnehmer

Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

Abg. Leni Fischer (CDU/CSU), Leiterin der Delegation
Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD), stellvertretender Leiter der Delegation
Abg. Ulrich Irmer (FDP)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Dr. Günther Müller (CDU/CSU)

Abg. Prof. Dr. Uwe Holtz nahm in seiner Eigenschaft als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates als Beobachter an der Konferenz teil.

An der Konferenz nahmen Parlamentarier aus 33 der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten teil. Als Beobachter waren Vertreter des Heiligen Stuhls, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union, der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO zugelassen.

II. Konferenzverlauf

Die Konferenz befaßte sich mit zwei thematischen Schwerpunkten:

1. Die Rolle der KSZE im Hinblick auf ein neues demokratisches Europa

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprachen Abg. Markus Meckel (SPD) (S. 3), Leni Fischer (CDU/CSU) (S. 4), Ulrich Irmer (FDP) (S. 5), Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD) (S. 5) und Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD) (S. 6).

2. Die zukünftigen Aktivitäten der IPU zur Förderung der demokratischen Entwicklung und zur Sicherung einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE und der IPU

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprachen die Abg. Dr. Günther Müller (CDU/CSU) (S. 8) und Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD) (S. 9).

Die Teilnehmer der Konferenz verabschiedeten einstimmig eine Erklärung zur Lage in Jugoslawien (s. Anhang S. 12) sowie ein Dokument mit den Schlußfolgerungen und Empfehlungen der VII. Interparlamentarischen Konferenz für Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit (s. Anhang S. 12).

Eröffnungssitzung

Während der Eröffnungssitzung am 1. Juli 1991 im Parlamentsgebäude in Wien ergriffen folgende Redner das Wort: der Präsident der Interparlamentarischen Gruppe Österreichs, Dr. Heinz Fischer, der Präsident des Interparlamentarischen Rates, Dr. Daouda Sow und der österreichische Bundeskanzler, Dr. Franz Vranitzky.

In seiner Begrüßungsansprache ging der Präsident der Interparlamentarischen Gruppe Österreichs, **Dr. Heinz Fischer**, auf die politischen Veränderungen in

Osteuropa ein, die in Österreich mit besonders großer Anteilnahme verfolgt würden. Da Österreich historisch, politisch und kulturell eng mit dem osteuropäischen Raum verbunden sei, habe man hier ein besonderes Gespür für Spannungen und Gefahren. Wien sei deshalb für die Parlamentarier der IPU ein geeigneter Ort, um die Perspektiven der KSZE zu diskutieren. Vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in Osteuropa wies er auf die große Bedeutung des KSZE-Prozesses hin, der wesentlich dazu beigetragen habe, den Ost-West-Gegensatz zu überwinden. In der Charta von Paris für ein neues Europa habe diese veränderte Wirklichkeit in Europa Berücksichtigung gefunden im Bekenntnis zu Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit, zu den Menschenrechten, zu den Rechten der Minderheiten sowie zu den sozialen und wirtschaftlichen Ordnungsprinzipien. Die KSZE habe einen wesentlichen Teil ihrer ursprünglichen Zielsetzungen erreicht, nunmehr gelte es, das Erreichte zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Errungenschaften der KSZE könnten vor allem durch Mißerfolge bei der Verwirklichung ökonomischer und sozialpolitischer Zielsetzungen der Reformpolitik sowie das Wiederaufkeimen nationalistischer Emotionen in Ost- und Südosteuropa gefährdet werden. Gerade die jüngsten Ereignisse in Jugoslawien zeigten, daß es immer noch ungelöste Nationalitätenkonflikte in Europa gebe. Der Konflikt in Jugoslawien müsse ohne jede Form der Gewaltausübung auf der Basis des Dialoges und der Verhandlungsbereitschaft friedlich gelöst werden. Er rief die IPU-Parlamentarier dazu auf, im Laufe der Konferenz eine Resolution zur Lage in Jugoslawien zu verabschieden und die am Konflikt beteiligten Seiten zur Rückkehr an den Verhandlungstisch aufzufordern.

Der Präsident des Interparlamentarischen Rates, **Dr. Daouda Sow**, begrüßte die in Wien anwesenden Parlamentarier aus Europa und Nordamerika zur VII. Interparlamentarischen Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit. Er dankte dem Parlament und der Interparlamentarischen Gruppe Österreichs für ihre Gastfreundschaft und die hervorragende Vorbereitung der Konferenz. Unter Hinweis auf die politischen Ereignisse in Jugoslawien stellte er fest, daß sich das neue Europa an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte befinde. Die Teilnehmer an der Interparlamentarischen Konferenz seien dazu aufgerufen, in dieser Krisensituation einen Beitrag zur Lösung des Konflikts in Jugoslawien zu leisten. Seit der VI. Interparlamentarischen Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit in Bonn im Jahre 1986 habe sich die politische Situation in Europa grundlegend geändert. Ohne Zweifel habe der KSZE-Prozeß eine entscheidende Rolle dabei gespielt, die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa möglich zu machen. Auch die IPU habe ihren Beitrag zur Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses, dem sie eine parlamentarische Dimension gegeben habe, geleistet. Die Konferenz in Wien biete den Parlamentariern die Möglichkeit, eine Bilanz der Arbeit der IPU im KSZE-Bereich zu ziehen. Angesichts der positiven Entwicklungen im KSZE-Bereich stelle sich die Frage, inwieweit der KSZE-Prozeß als Modell für andere Regionen der Welt dienen könne. Die IPU werde ihre Erfahrungen im KSZE-Bereich

weitergeben, indem sie zur Arbeit der neugeschaffenen Parlamentarischen Versammlung der KSZE beitragen werde. Als weltweite Organisation von Parlamentariern dürfe sich die IPU aber nicht nur auf die europäischen Erfahrungen beschränken, sondern müsse versuchen, den Dialog mit Parlamentariern aus Lateinamerika, Afrika, Asien und dem Pazifik zu suchen. Das Ziel der Interparlamentarischen Union sei es, Brücken zwischen den Vertretern aller Länder und aller Regionen der Welt aufzubauen. Dieses Prinzip müsse auch Grundlage der Beziehungen der Interparlamentarischen Union zur neuen KSZE-Parlamentarierversammlung sein.

Der österreichische Bundeskanzler, **Dr. Franz Vranitzky**, wies zu Beginn seiner Ansprache darauf hin, daß die IPU-Tagung an einem Tag beginne, an dem auch die Auflösung der politischen Strukturen des Warschauer Paktes beschlossen worden sei. Die Auflösung des Warschauer Paktes veranschauliche in besonderem Maße die großen politischen Veränderungen in Europa seit Beginn des KSZE-Prozesses. Die Zuspitzung der politischen Lage in Jugoslawien mache deutlich, daß der KSZE-Prozeß, dessen Ziel es sei, Sicherheit im gesamteuropäischen Raum zu schaffen und aufrechtzuerhalten, fortgesetzt werden müsse. Die mit der inneren Umgestaltung und Neuordnung des Zusammenlebens der verschiedenen Völker und Republiken Jugoslawiens verbundenen Probleme könnten nur im friedlichen Dialog gelöst werden. Die Besonderheit des jugoslawischen Konfliktes liege vor allem darin, daß hier mit ethnischen Fragen auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftspolitische Probleme verknüpft worden seien. Aber gerade wegen der Vernetzung dieser vielschichtigen Probleme sei eine Lösung nur am Verhandlungstisch zu erreichen. Die ernste politische Krise in Jugoslawien sei eine große Herausforderung, die Europa in seiner Gesamtheit berühre. Es gelte nunmehr, die Wirksamkeit aller Instrumente, die in den letzten Jahrzehnten zur Sicherung des Friedens geschaffen worden seien, zu beweisen. Dies betreffe in erster Linie die KSZE mit ihren militärischen und politischen Schlichtungsinstrumenten, aber auch die Europäische Gemeinschaft, die in Jugoslawien zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln versuche. Die im Rahmen der KSZE entwickelten Instrumente eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems seien zur Zeit zwar noch schwach, aber sie stünden zur Verfügung, um zur Lösung von Konflikten wie in Jugoslawien beizutragen. Die Krise in Jugoslawien sei ein Prüfstein für den neugeschaffenen KSZE-Krisenmechanismus, der darauf abziele, Konflikte durch Verhandlungen und Kompromisse beizulegen. Mit Blick auf die europäische Integration und Zusammenarbeit seien in Europa in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Organisationen geschaffen worden, von denen die Europäische Gemeinschaft an erster Stelle zu nennen sei. Aber nur dem KSZE-Prozeß als einzigem umfassenden Prozeß, an dem alle europäischen Staaten gleichberechtigt teilhaben würden und in den auch die USA, Kanada und die UdSSR eingebunden seien, sei es gelungen, die verschiedenen Aspekte der Sicherheit zu einem gemeinsamen Gebäude zu vereinigen. Die KSZE verbinde die Fragen der politischen und militärischen Sicherheit mit den Fragen der Menschenrechte und der persönli-

chen Freiheiten. Es sei deshalb wichtig, die Institutionen der KSZE, die beim Gipfeltreffen von Paris und beim Außenministertreffen in Berlin geschaffen worden seien, weiter zu stärken.

Überblick über die Aktivitäten der Interparlamentarischen Union im KSZE-Bereich

Der zum Konferenzpräsidenten gewählte Präsident der Interparlamentarischen Gruppe Österreichs, **Dr. Heinz Fischer**, gab zu Beginn der Plenarsitzung einen Überblick über die Aktivitäten der Interparlamentarischen Union zur Förderung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der KSZE-Prozeß, der mit der Helsinki-Konferenz im Jahre 1973 begonnen habe und seinen Höhepunkt mit dem Pariser Gipfeltreffen im Jahre 1990 erreicht habe, habe wesentlich dazu beigetragen, den Ost-West-Gegensatz zu überwinden und ein neues Europa zu schaffen. In erster Linie sei der KSZE-Prozeß, der zur Überwindung der Teilung Europas beigetragen habe, ein Prozeß auf Regierungsebene gewesen, aber er habe auch eine parlamentarische Dimension gehabt, die von der Interparlamentarischen Union wahrgenommen worden sei. Dank der Initiative der Interparlamentarischen Union habe bereits im Januar 1973 in Helsinki die I. Interparlamentarische Konferenz für Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit stattgefunden. Zu Beginn des Jahres 1975 habe die II. Interparlamentarische KSZE-Konferenz in Belgrad stattgefunden. Danach seien im Abstand von jeweils drei Jahren Konferenzen in Wien, Brüssel, Budapest und Bonn abgehalten worden. Nach der Konferenz in Bonn, die im Jahre 1986 stattgefunden habe, sei der regelmäßige Turnus dieser Treffen unterbrochen worden, daß das Ceausescu-Regime darauf bestanden habe, eine entsprechende Konferenz in Bukarest abzuhalten. Dies sei der Grund dafür, daß die VII. Interparlamentarische Konferenz erst jetzt in Wien stattfinde. Zu Beginn hätten die zurückliegenden Interparlamentarischen Konferenzen über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit wesentlich dazu beigetragen, den KSZE-Regierungskonferenzen politische Impulse zu geben. Darüber hinaus hätten die von der Interparlamentarischen Union geschaffenen Mechanismen zur Förderung einer wirklichen „parlamentarischen Diplomatie“ eine wichtige Rolle bei der Schaffung der politischen Strukturen im KSZE-Bereich gespielt. Die Interparlamentarische Union habe ohne Zweifel in den beiden letzten Jahrzehnten einen wirkungsvollen Beitrag zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit und Sicherheit geleistet. Die IPU sei dabei den Aktivitäten der Diplomaten oftmals weit voraus gewesen. Die Konferenz in Wien sei nicht dazu bestimmt, das Ende eines Kapitels der Arbeit der Union einzuläuten, sie müsse vielmehr ein neues Kapitel aufschlagen. Die Interparlamentarische Union müsse jetzt die Bedingungen für den Dialog und die Zusammenarbeit innerhalb Europas neu definieren, um dann ihre Vorstellungen in die neugegründete Parlamentarische Versammlung der KSZE einzubringen.

Plenardebatte über die Rolle der KSZE im Hinblick auf ein neues demokratisches Europa

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprachen von den Mitgliedern der Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland Abg. Markus Meckel (SPD), Abg. Leni Fischer (CDU/CSU) und Abg. Ulrich Irmer (FDP). Abg. Prof. Dr. Uwe Holtz (SPD) ergriff das Wort als Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD) sprach in Vertretung des Präsidenten der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Abg. **Markus Meckel** (SPD) (Originalsprache: Deutsch)

„Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

als jemand der weiß, was politische Arbeit gegen ein kommunistisches Regime bedeutet, als erster und letzter demokratisch gewählter Außenminister der DDR rede ich heute zu Ihnen als Mitglied der deutschen Delegation des geeinten Deutschlands. Das ist mir noch keineswegs selbstverständlich und ich tue es mit großer Freude und möchte heute allen danken, die diesen Prozeß mit möglich gemacht haben und in Gedanken und Taten begleitet haben. Die Sicherheitslage in Europa ist heute völlig anders als vor zwei Jahren. Wir müssen heute nicht mehr den großen Konflikt zwischen Ost und West befürchten. Unsere Sicherheit ist von vielen Faktoren bestimmt, nicht nur von militärischen, sondern auch von nationalen und ökonomischen und sozialen und ökologischen Entwicklungen. Kleine Konflikte können die Instabilitäten bewirken, die uns alle betreffen. Diese neue Lage bedarf neuer Strukturen der Sicherheit, die es zu schaffen gilt. Das alte Sicherheitsdenken, die alten Strukturen reichen nicht. Das Verhältnis der Staaten zueinander muß zunehmend auf verbindlichem Recht beruhen. Frieden und Sicherheit sind nicht mehr allein zu machen, auch nicht für den Stärksten, sie müssen gemeinsam organisiert und gesichert werden. Militärische Konflikte auch innerhalb eines Staates sind nicht mehr nur eine innere Angelegenheit. Alle sind betroffen und haben eine Verantwortung wahrzunehmen. Dazu braucht es ein gemeinsames Problembewußtsein und die Anerkennung gemeinsamer Prinzipien. In der Charta von Paris sind wir hier ein wesentliches Stück vorangekommen. In Berlin konnte vor zwei Wochen ein weiterer wichtiger Schritt getan werden, hin zu einem Mechanismus friedlicher Streitbeilegung. Angesichts der Vorgänge in Jugoslawien, die wir jetzt erleben, werden wir testen können, wie er funktioniert, doch werden wir dann noch weiter vorschreiten müssen. Ich denke, daß z. B. eine realistischere Haltung des Westens, besonders auch der Europäischen Gemeinschaft, und bei entsprechenden präventiven Aktivitäten, das Blutvergießen der letzten Tage in Jugoslawien hätte verhindert werden können. Wir brauchen noch mehr Verbindlichkeiten wirklicher Handlungsfähigkeit für die europäische Staatengemeinschaft, wie übrigens auch für die UNO. Das Zögern mancher Staaten, Souveränitätsverzicht zu akzeptieren zu Gunsten verbindlicher übergeordneter Mechanismen der Konfliktregelung, sollte auf-

gehoben werden, denn nur auf diesem Wege wird es möglich sein, eine neue wirklich tragfähige und d. h. krisenüberwindende europäische Friedensordnung zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der veränderten Sicherheitlage in Europa sind die Waffenberge noch vorhanden und es gibt auch in Europa mancherlei Pläne zur weiteren Modernisierung. Abrüstung muß noch weiter und verbindlicher vorankommen. Nach dem VKSE-Abkommen kommt es nun hoffentlich – nach Beilegung der Probleme, die es im Zusammenhang mit Artikel 3 gegeben hat – zu einem raschen Abschluß von VKSE, also in den Fragen der Truppenreduzierung. Deutschland hat im Zusammenhang mit seiner Vereinigung für sich schon eine weitgehende Festlegung getroffen. Es wäre hilfreich, wenn andere Staaten ähnlich weitgehende einseitige Angebote und Festlegungen einbrächten.

In diesem Zusammenhang stehen wir alle vor einem großen Problem der Umstrukturierung von Wirtschaft und Infrastruktur. Es wird dringend nötig sein, den Fragen der Konversion mehr Aufmerksamkeit zu schenken und intensiver zusammenzuarbeiten. Wir können es uns nicht leisten, aufgrund der Konversionsprobleme den Willen zur Abrüstung geringer werden zu lassen.

Ein ähnlich großes Problem ist der Waffenexport. Wir sind hier als Vertreter von Staaten, die die größten Waffenexporteure der Erde sind und brauchen schnell verbindliche und strikte Beschränkungen dieses Exportes.

Meine Damen und Herren, daß sich Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa bahnbrechen, ist nicht nur ein Grund zur Freude und Grundlage der Einheit Europas, sondern auch eine ungeheure in der Geschichte einmalige Herausforderung für den Westen, dem noch zu wenig Taten entsprechen. Ja die Aufgabe scheint in vielen Köpfen in ihrer Bedeutung noch weitgehend unterschätzt zu werden. Was vor uns liegt, wird nicht nur die quantitative Erweiterung der westeuropäischen Institutionen sein können. Osteuropa braucht die vereinte Kraft Westeuropas zur politischen und ökonomischen Unterstützung seiner Entwicklung und wichtig dafür ist auch die Bereitschaft zur Integration, die manche Veränderung in Westeuropa erfordert. Es erfordert z. B. die Öffnung der EG-Märkte für Produkte aus Osteuropa, die Stärkung der parlamentarischen Dimensionen, die Verbindlichkeit von Konventionen und vieles andere. Der Druck ist groß, drängen wir unsere Regierung intensiv zusammenzuarbeiten und zu Verbindlichkeiten und Regelungen zu kommen. Verpassen Sie nicht die Zeichen der Zeit, die Folgen werden für uns alle schlimm. Ich danke Ihnen."

Abg. **Leni Fischer** (CDU/CSU) (Originalsprache: Deutsch)

„Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Mitglied des Umweltausschusses der IPU möchte ich in der heutigen KSZE-Debatte schwerpunktmäßig auf die Umweltproblematik eingehen, die eng mit

dem Bereich Wissenschaft, Technologie und auch Wirtschaft verknüpft ist. Der Themenkomplex Umwelt wird bereits in der Schlußakte von Helsinki aus dem Jahr 1975 als zentraler Bereich für die Zusammenarbeit der KSZE-Staaten aufgeführt. Seither ist mit der steten Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Umweltschutz einhergegangen. Das Schlußdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens aus dem Jahre 1989 hat durch die Vereinbarung dringend gebotener umweltpolitischer Maßnahmen neue Perspektiven für die KSZE-Umweltpolitik aufgezeigt, die dann anläßlich des KSZE-Treffens über Umweltschutz in Sofia weiter konkretisiert worden sind. In der Erklärung von Paris für ein neues Europa haben die KSZE-Teilnehmerstaaten nochmals die Notwendigkeit bekräftigt, die Lösung der drängenden Umweltprobleme gemeinsam in Angriff zu nehmen. Angesichts des bisher ungeahnten Ausmaßes der Umweltproblematik in den mittel- und osteuropäischen Ländern, ist es eine unserer wirklich vordringlichen Aufgaben, die KSZE weiterhin auch als im Rahmen für die Erarbeitung gemeinsamer Ziele und Verpflichtungen im Umweltbereich zu nutzen. Im Zuge der weitreichenden politischen Veränderungen in Osteuropa und der damit verbundenen Öffnungspolitik sind nicht nur die politischen und wirtschaftlichen, sondern auch die schwerwiegenden Umweltprobleme ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Angesichts des hohen Grades von Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung in weiten Teilen Osteuropas wird deutlich, daß die industrielle Entwicklung, vor allem der vorrangige Aufbau der Schwerindustrie in sehr starkem Maße zu Lasten der Umwelt gegangen ist. In der UdSSR, in Polen, der CSFR und in der ehemaligen DDR ist die Umwelt vor allem in den industriellen Zentren stark belastet. Verursacht wird die Belastung von Luft, Wasser und Boden, vor allem durch veraltete Produktionsenergieerzeugungsanlagen und dem hohen Anteil von Braunkohle am Energieverbrauch sowie den ungefilterten Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge. Dank der Reformpolitik, die oft zu mehr Transparenz im Umweltbereich geführt hat, steigt das Umweltbewußtsein auch von Politikern und Bürgern in Osteuropa und ich hoffe, es wird dazu führen, daß der Umweltschutz einen höheren Stellenwert einnehmen wird. Am deutschen Beispiel der neuen Bundesländer sehen Sie sehr deutlich, daß die Sanierung umweltbelasteter Industrieanlagen und die Einführung umweltverträglicher neuer Technologie Investitionen in Milliarden DM Höhe erforderlich macht. Neben finanzieller Hilfe ist die technische Unterstützung insbesondere der Transfer von umweltfreundlicher Technologie in die osteuropäischen Länder ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die entscheidenden Anstrengungen müssen aber auch von den betroffenen Ländern selbst unternommen werden, die umweltpolitische Konzepte entwickeln und diese durch geeignete politische und gesetzgeberische Maßnahmen umsetzen müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang gerne erinnern an die besondere Verantwortung, die gerade die Parlamentarier aus den Industriestaaten für die Umweltpolitik haben, und wir dürfen keine Zeit verlieren, wir sollten wissen, daß Luftverschmutzung an keinen Grenzen halt macht und ich hoffe, daß die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung im näch-

sten Jahr in Brasilien die dringend gebotene weltweite Zusammenarbeit im Umweltbereich weiter vorantreibt und daß dann die IPU die Ergebnisse der Umweltkonferenz aufgreifen und gemeinsame Aktion der Parlamentarier vorbereiten und diskutieren und auf den Weg bringen wird. Herzlichen Dank."

Abg. **Ulrich Irmer** (FDP) (Originalsprache: Deutsch)

„Herr Präsident, meine Damen und Herren,

der Zusammenbruch der Unterdrückungssysteme im Osten hat neue Freiheiten gebracht. Darunter auch die Freiheit zu alten Unsitten, Fehlern und Lasten. Wir erleben eine anachronistische Entwicklung. Im Westen Europas versuchen die Länder seit Jahrzehnten, ihre nationalen Grenzen zu überwinden und sich zu größeren Einheiten zusammenzuschließen. Souveränität wird im Westen im wesentlichen darin verstanden, daß man die Freiheit hat, freiwillig nationale Souveränität aufzugeben und auf übergeordnete, übernationale Körperschaften zu übertragen. Wir erleben demgegenüber im Osten ein Wiederaufleben des Nationalismus, und wir sollten uns einmal fragen, wodurch Nationalismus eigentlich in extremer Form verursacht wird. Es ist einmal der Versuch einer Nation, Angehörige anderer Nationen zu unterdrücken und sie in ihren Rechten zu beschneiden, und es ist dann als Reaktion darauf der Versuch dieser nationalen Minderheiten, ihre Rechte zu wahren und, wo sie keine andere Möglichkeit sehen, ihre Rechte zu wahren, wollen sie sich von dem Staat, in dem sie leben, abspalten, eine Lösung, die vielleicht gar keine Lösung sein kann, weil nämlich das Problem der mehreren Nationen durch eine Abspaltung in aller Regel nicht beseitigt werden kann. Es besteht die Gefahr, daß sich die Probleme vervielfältigen.

Meine Damen und Herren, ich meine, daß das einzig wirksame Heilmittel gegen Nationalismus auf Dauer nur ein effektiver Minderheitenschutz sein kann. Wir sehen, wir erleben es, daß Nationen friedlich miteinander auch in einem Land leben können, ein Beispiel ist die Schweiz, und mein Vorredner kam ja von dort. Wir können nicht überall die Grenzen so ziehen, wie es die Volkszugehörigkeit an sich nahe legen würde, denn Europa ist ein Vielvölkerland, wir leben durcheinandergemischt, und nationale Grenzziehung ist oft gar nicht möglich. Es ist unerlässlich, daß die Rechte nationaler Minderheiten überall europaweit wirksam geschützt werden und ich halte es für ganz dringlich, eine der dringlichsten Aufgaben dieser KSZE, daß eine europäische Charta der Minderheitenrechte soweit wie möglich ausgearbeitet und allgemein verbindlich verabschiedet wird. Hier müssen garantiert werden die Rechte der nationalen Minderheiten, ihre Kultur zu leben, ihre Sprache zu sprechen, ihre Religion auszuüben, Schulen zu unterhalten, Medien in ihrer eigenen Sprache zu haben und auch bestimmte Mindestformen einer politischen Autonomie. Wo derartiges abgeschafft wurde, wie beispielsweise durch den militanten serbischen Nationalismus im Kosovo, brechen die bekannten Probleme auf und niemand kann dazu schweigen. Wir haben gute Ansätze. Es ist vor wenigen Wochen ein Vertrag unterzeichnet worden zwischen meinem Land, der Bundesrepublik Deutschland, und der Republik Polen. Ich möchte

mich ausdrücklich bei den Polen dafür bedanken, daß sie erstmals in der Geschichte die Rechte der deutschen Minderheit voll anerkannt haben und bereit sind, volle Autonomierechte und Minderheitenrechte der deutschen Minderheit dort zu gewährleisten. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wenn wir in Europa insgesamt die Rechte der Minderheiten schützen wollen, sollten wir uns darüber klar sein, daß wir alle im Grunde einer Minderheit angehören. Keiner von uns in ganz Europa hat eine Mehrheit, jeder, der Deutsche, der Franzose, der Brite, wir sind alle nationale Minderheiten in dem großen Europa, das wir anstreben. Jeder von uns ist übrigens, kaum daß er die Grenze seines eigenen Landes überschreitet, auch ein Ausländer. Auch dies sollte man einmal beherzigen, denn nationale Minderheiten sind ja nicht nur die angestammten Volksgruppen, die seit jeher in einem bestimmten Gebiet siedeln, sondern es sind ja auch diejenigen, die sich als Wanderarbeitnehmer jenseits der Grenzen aufhalten und die auch ein Recht auf Wahrung ihrer Menschen-, ihrer Minderheitenrechte haben. Lassen Sie mich schließen mit der Bemerkung, daß der Stand einer Kultur und einer Zivilisation sich wohl am besten daran messen läßt, wie eine Mehrheit mit ihren Minderheiten umgeht. Ich danke Ihnen."

Abg. **Prof. Dr. Uwe Holtz** (SPD) (Originalsprache: Deutsch) als Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

„Besten Dank Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Europarat und seine parlamentarische Versammlung danken der Interparlamentarischen Union dafür, daß unter ihrem Dach eine erste, wenn auch bescheidene parlamentarische Dimension für den KSZE-Prozeß geschaffen worden ist. Zu Recht hat unser Tagungspräsident, haben Sie Herr Kollege Dr. Fischer, gestern die über 20jährige Arbeit der IPU/KSZE gewürdigt und sie als ein wichtiges Kapitel der Interparlamentarischen Union bezeichnet. Dieses Kapitel kann von der IPU fortgeschrieben werden. In dem sie z. B. anbietet, für einen know-how-Transfer der KSZE-Erfahrungen in andere Regionen der Welt zu sorgen.

Die Abgeordneten der europäischen KSZE-Staaten und der beiden nordamerikanischen Demokratien haben am 3. April 1991 in Madrid beschlossen, eine neue eigenständige parlamentarische KSZE-Versammlung zu schaffen. Von diesem Faktum haben wir alle, auch der Europarat, auszugehen.

Anläßlich der KSZE-Debatte letzte Woche in Helsinki, stellte die Parlamentarische Versammlung des Europarates mit Befriedigung fest, daß die neue KSZE-Versammlung die Ressourcen anderer parlamentarischer Institutionen zu nutzen bereit ist. Dabei wird an erster Stelle der Europarat genannt. Ausdrücklich begrüßen wir, die Abgeordneten des Europarates, die Madrider Entscheidung in der neuen KSZE-Parlamentarierversammlung, nicht länger am oft undemokratischen Konsensusprinzip festzuhalten. Wie auch andere Kollegen gestern, so haben der kanadische Delegierte Hopkins und der sowjetische Delegierte Tzybuch, die bestehenden europäischen Institutio-

nen, unter anderem auch den Europarat, angesprochen und die Hoffnung ausgedrückt, diese mögen zum guten Funktionieren der KSZE und der neu geschaffenen Versammlung beitragen. Der Europarat ist dazu bereit.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir zwei Vorschläge für die neue KSZE-Versammlung.

1. Für einige parlamentarische Organisationen sollte ein Beobachterstatus bei dieser neuen KSZE-Versammlung geschaffen werden. So etwa für die Parlamentarische Versammlung des Europarates aber auch für die Interparlamentarische Union. Dies diene der Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit und der Sicherstellung einer vernünftigen effizienten Arbeitsteilung.
2. Zur Erhöhung der eigenen Arbeitsfähigkeit sollte die neue KSZE-Versammlung sowohl Vollmitglieder als auch Stellvertreter umfassen, wie es etwa bei der Nordatlantischen Versammlung und beim Europarat der Fall ist.

Jetzt geht es aus Europaratssicht darum, mit den KSZE-Strukturen die geeigneten institutionellen Verbindungen und Arbeitsbeziehungen herzustellen und auszuhandeln. Dabei denken wir vor allem an Bereiche, in denen der Europarat einen bedeutenden Schatz an Erfahrungen und Ergebnissen angesammelt hat, z. B. auf den Gebieten der demokratischen Institutionen, der Menschen- und Minderheitenrechte, des Umweltschutzes, der kulturellen Identität sowie der Verbindung zwischen Demokratie und sozialem Schutz in der Marktwirtschaft.

Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Schwede Anders Björck, der leider an dieser Konferenz nicht teilnehmen kann, plädierte in Helsinki für enge Beziehungen zwischen der KSZE und dem Europarat, dem Europarat, der einzigen paneuropäischen Institution mit einer voll entwickelten gouvernementalen und parlamentarischen Dimension. Gleichzeitig machte er deutlich, daß die Parlamentarische Versammlung des Europarates heute und auch in Zukunft ihre Verantwortung wahrnehmen werde, vitale Fragen zu diskutieren, auch Sicherheitsfragen zu diskutieren, neue Demokratien als Mitglieder aufzunehmen und ihnen eine demokratische Heimstatt zu geben, sowie zu einer größeren Einheit auf dem europäischen Kontinent beizutragen.

Dieser Europarat, liebe Kolleginnen und Kollegen steht für die pluralistische Demokratie, für Menschenrecht und den Rechtsstaat, er umfaßt heute 25 europäische Länder, parlamentarische Demokratien, einschließlich Ungarns und der Tschechoslowakei. Die Parlamentarische Versammlung gewährt einen besondere Gaststatus den Parlamenten von Bulgarien, Polen, Rumänien, der UdSSR und Jugoslawien. Vor einiger Zeit wurde das Konzept von einem konföderierten Europa in die Debatte geworfen. Präsident Václav Havel gab diesem noch etwas vagen Konzept der Konföderation Substanz, als er es verband mit der soliden Basis eines pan-europäischen Systems der Menschenrechte und politischen Freiheiten, einer pan-europäischen Einheit der Rechtssprechung sowie der Bildung und Entwicklung einer europäischen po-

litischen Kultur. All dies, so Präsident Havel, leistet der Europarat.

Die Vision hinsichtlich der europäischen Konföderation, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnte also lauten, der Europarat als Kern einer demokratischen politischen Kultur. Die Europäische Gemeinschaft als ihr wirtschaftlicher und politischer Motor. Die KSZE unter Beteiligung von NATO und Westeuropäischer Union als Geburtshelfer einer neuen Sicherheitsstruktur. Der ehemalige Außenminister Maltas Sceberras sprach gerade von einer neuen Weltordnung. Die Verwirklichung der gerade von mir skizzierten Vision schafft noch nicht die neue Weltordnung, sie kann aber für eine solche neue Ordnung einen wichtigen Impuls geben. Danke schön."

Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD) (Originalsprache: Französisch)

"Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, werde Kollegen!

Ich bin besonders stolz, daß ich hier unter dem Vorsitz meines alten Freundes, Heinz Fischer, reden kann als Vertreter der Versammlung der Westeuropäischen Union. Wir haben uns vor einem viertel Jahrhundert kennengelernt in Havard als Teilnehmer des Sommerseminars von Henry Kissinger.

Aber erlauben Sie, daß ich in einer der Arbeitssprachen der Interparlamentarischen Union spreche. Ich meine, daß es vielleicht mit der Übersetzung dann doch besser klappen wird.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, werde Kollegen!

Die im November 1990 in Paris veranstaltete Konferenz der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Länder hat feierlich das Ende einer auf den Zweiten Weltkrieg folgenden Zeit der Konfrontation und der Spannung und den Beginn einer Zeit des Verständnisses und der Zusammenarbeit angekündigt.

Von nun an geht es um die Errichtung eines Regimes für Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit sowie die Achtung der Menschenrechte von Wladiwostok bis nach Vancouver. Diese Zielsetzung entspricht voll und ganz den Zielen der Interparlamentarischen Union, der wir dafür dankbar sein müssen, daß sie es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Ost-West-Dialog einzuleiten in einer Zeit, in der die Stabilität unseres Kontinents auf dem Gleichgewicht des Schreckens und gewaltsame Beziehungen zwischen antagonistischen Blöcken beruhte.

In ganz Europa haben die Worte derzeit dieselbe Bedeutung. Die Aufgabe der KSZE besteht nicht länger darin, einen Verhaltenskodex zur Beachtung einiger Grundregeln des gesellschaftlichen Lebens in einem geteilten Europa zu erstellen, sondern sie besteht darin, sicherzustellen, daß die Selbstbestätigung in einer wiedererlangten Freiheit nicht das zerbrechliche Gefüge der sozialen und internationalen Beziehungen zerstört, welche die Sicherheit aller gewährleisten.

Es ist heute offenkundig, daß die Aufgabe schwierig ist. Das Attentat von Sarajevo hatte den Ersten Welt-

krieg ausgelöst. Weil das Europa von heute friedlicher ist und über internationale Strukturen verfügt, ist der Ausbruch eines Krieges weniger zu befürchten. Aber der Gemeinschaft der KSZE-Länder fehlen noch die Mittel, um den Frieden in der Rechtsprechung durchzusetzen.

Es ist die Aufgabe der KSZE, sich im Namen der nunmehr gemeinsamen Werte als moralische Autorität zu bekräftigen und sowohl diejenigen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben als auch diejenigen, die sie daran hindern wollen, zur Zurückhaltung und insbesondere zum Verzicht auf den Einsatz von Gewalt aufzufordern. Die Konfrontationen, die Jugoslawien heute erschüttern, bieten die erste Gelegenheit für die in der KSZE zusammengeschlossenen Staaten, diese moralische Autorität auszuüben.

Der Fall Jugoslawiens ist beispielhaft. Er stellt die Fähigkeit unseres Kontinents in Frage, auf friedliche Weise Streitigkeiten beizulegen, die durch die Rückkehr unserer Länder zur Freiheit entstehen, und dadurch anderen Regionen in der Welt als Beispiel zu dienen. Wir müssen zeigen, daß die Friedensordnung auf Vertrauen anstatt auf Zwang und auf gegenseitige Achtung anstatt auf Abschreckung gegründet werden kann.

Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang eine persönliche Bemerkung im Hinblick auf das Verhalten Westeuropas angesichts der Ereignisse in Jugoslawien vor dem eigentlichen Ausbruch des Militärkonflikts. Ich habe den Eindruck, daß sich die früheren Anhänger des jakobinischen Zentralismus mit denen des jüngsten kommunistischen Zentralismus zu einer negativen Koalition zusammengeschlossen haben, die der Ansicht ist, daß es in Anbetracht der komplexen Situation genügen würde, die Republik einfach als ein einziges und unteilbares Ganzes zu bezeichnen.

Deshalb haben sich die in den letzten Tagen von Militärangehörigen in Belgrad gegenüber der NATO geäußerten Vorwürfe als besonders absurd erwiesen. Deshalb sind auch die Anschuldigungen diplomatischer Vertreter gegenüber Österreich nicht weniger absurd.

Die Zeiten sind vorbei, in denen man jedem Staat das Recht überlassen konnte, zu entscheiden, welches Mittel er zur Durchsetzung der von den Instanzen für Konsultation und Kooperation verabschiedeten Schlußfolgerungen einsetzen würde. In diesem Fall wäre durchaus zu befürchten, daß sich einige der mächtigsten Länder eine europäische Aufpasserrolle zulegen würden, die ihnen nicht anvertraut wurde, mit allen daraus entstehenden Gefahren für die Souveränität der kleineren Staaten und die Erhaltung des Friedens.

Deshalb wird der Erfolg der KSZE letzten Endes von einer harmonischen Verknüpfung der auf drei Kooperationsachsen unternommenen Anstrengungen abhängen: Gemeint ist die westeuropäische, die atlantische und die gesamteuropäische Achse. Westeuropa, das bereits einen Anziehungspunkt darstellt, muß ein Organisationsfaktor werden und seine Beziehungen zu den Ländern des europäischen Ostens besser strukturieren. Die politische Union Europas erweist

sich dabei als immer unverzichtbarer. Es ist zu begrüßen, daß der am 27. Juni vom Ministerrat der WEU an alle politischen Verantwortungsträger in Jugoslawien gerichtete Appell Gehör gefunden hat und daß das im Namen der Zwölf unternommene Vorgehen erfolgreich war.

Um den Sieg der Demokratie sicherzustellen, sollten die Instrumente der Demokratie zum Einsatz kommen. Den Parlamenten unserer Länder, den europäischen Versammlungen und der Versammlung der KSZE kommt jeweils eine wichtige Rolle bei der Kontrolle und Anregung unserer Regierungen zu. Aufgrund der für die Unterzeichner des geänderten Brüsseler Vertrags im Jahre 1954 bestimmten Aufgabe, die Einheit Europas zu fördern, hat die WEU ihr Vorgehen seit langem in den Rahmen der Schlußakte von Helsinki einbezogen. Sie hat sich zur Aufgabe gemacht, den Anteil der nicht-militärischen Vorkehrungen in der europäischen Sicherheit zu vergrößern und den Austausch mit den Parlamenten der Sowjetunion und mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas weiterzuentwickeln.

Unter diesem Gesichtspunkt wird sie Anfang nächsten Jahres ein Kolloquium über die Zusammenarbeit der WEU mit den betreffenden mitteleuropäischen Ländern im Hinblick auf die Errichtung einer neuen Sicherheitsordnung veranstalten. Sie hofft letztlich, daß sie durch eine Zusammenlegung ihrer Anstrengungen mit denen der anderen Versammlungen die Freundschaft zwischen den Parlamentariern verstärken und das Verständnis zwischen den Völkern festigen kann. Diese Friedenspolitik wird die Garantie sein für das Überleben unserer Zivilisation im 21. Jahrhundert."

Als Gastredner zu diesem Tagesordnungspunkt sprach der ungarische Ministerpräsident **József Antall**, der die Perspektiven des neuen demokratischen Europa aus ungarischer Sicht aufzeigte. Europa befinde sich nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation derzeit in einer Phase des Übergangs. Die Staaten Mittel- und Osteuropas arbeiteten am Ausbau der demokratischen Institutionen und unternähmen zugleich die ersten Schritte auf dem Wege von der zentralen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Der Übergang bedeute nicht nur die Auflösung von Strukturen, die sich selbst überlebt hätten, wie beispielsweise der Warschauer Pakt, sondern auch die Anpassung der bewährten und funktionierenden Strukturen an die neue Lage. Mit den Veränderungen in Osteuropa und der Auflösung des Warschauer Paktes ändere sich auch die Rolle der NATO. Ungarn betrachte die NATO weiterhin als Hauptfaktor der Stabilität in Europa. Auf die dramatischen Ereignisse in Jugoslawien eingehend, bekräftigte er, daß den Selbstbestrebungen auch nur eines einzigen Volkes nicht durch Panzer Einhalt geboten werden dürfe. Durch die Krise in Jugoslawien stehe nicht nur die Stabilität der Region, sondern die ganz Europas auf dem Spiel. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Völker Jugoslawiens unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechts auf dem Verhandlungsweg eine sowohl für sie selbst als auch für Europa akzeptable Lösung des Konfliktes finden würden. Es sei Aufgabe des anläßlich des Berliner Treffens der Außenminister

der KSZE-Teilnehmerstaaten geschaffenen Krisenmechanismusses, einen Beitrag zur Lösung der Krise in Jugoslawien zu leisten. Die Frage der nationalen Minderheiten stelle sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern am Anfang des Übergangs zur Demokratie mit aller Schärfe. Ziel der ungarischen Regierung sei es deshalb, durch die Garantierung der Minderheitenrechte zu erreichen, daß die nationalen Minderheiten im eigenen Lande ihre ethnische, kulturelle und religiöse Identität bewahren könnten. Gerade in der Frage der nationalen Minderheiten bedürfe es immer noch der Vertrauensbildung, zumal die im Rahmen des Helsinki-Prozesses angenommenen Verpflichtungen nur Minimalnormen des Minderheitenschutzes darstellten.

In Abwesenheit des zu diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls als Gastredner vorgesehenen italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti verlas der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, **Claudio Vitalone**, dessen Rede. Eingangs betonte er, daß die Konferenz vor dem Hintergrund zweier kontrastierender Ereignisse stattfinde: der Auflösung des Warschauer Paktes und den dramatischen Ereignissen in Jugoslawien. Durch die Ereignisse in Jugoslawien würden wesentliche Prinzipien der KSZE in Frage gestellt, wie der Verzicht auf den Einsatz von Gewalt zur Lösung von Konflikten, der Schutz der Menschenrechte und der Schutz der nationalen Minderheiten. Die KSZE müsse in die Lage versetzt werden, den Herausforderungen zu begegnen, die durch ethnische Konflikte, Unabhängigkeitsbestrebungen nationaler Minderheiten sowie wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte entstünden. Der KSZE-Prozeß sei nicht nur ein Forum für Debatten, vor allem verfüge er über eine institutionelle Struktur für Konsultationen und politische Entscheidungen. Die KSZE, die ein wesentliches Element für die paneuropäische und transatlantische Integration sei, müsse dazu beitragen, engere Beziehungen zwischen den bestehenden europäischen Institutionen zu entwickeln. Die neue europäische Architektur könne nicht als die eines nach innen blickenden Europas definiert werden. Die wiedergefundene europäische Einheit sei ein wesentlicher Faktor für die internationale Stabilität, von der auch andere Regionen der Welt profitieren sollten. Deshalb sei es notwendig, auf verschiedenen Ebenen einen Dialog mit den Ländern zu beginnen, die aus geographischen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen eng mit Europa verbunden seien. Seit dem Treffen der Außenminister in Berlin gebe es im Rahmen der KSZE die Möglichkeit, in Krisensituationen einzugreifen und einen Dringlichkeitsmechanismus auszulösen. Die politische Krise in Jugoslawien bedeute einen Testfall für die neue Rolle der KSZE als Instrument des Krisenmanagements. Es bestehe die Hoffnung, daß eine Lösung des Konflikts in Jugoslawien im Wege des Dialogs gefunden werden könne. Die Initiativen der Europäischen Gemeinschaft und der KSZE hätten unzweifelhaft dazu beigetragen, ein Ausufern der militärischen Konfrontation in Jugoslawien zu verhindern. Es sei wichtig, daß die internationale Gemeinschaft der Lage in Jugoslawien so lange Aufmerksamkeit schenke, bis eine für alle Seiten akzeptable, friedliche Lösung des Konflikts gefunden sei.

Am ersten Sitzungstag verabschiedeten die Teilnehmer der Konferenz einstimmig eine Erklärung zur Lage in Jugoslawien, die am letzten Tag der Konferenz einstimmig um eine Zusatzerklärung ergänzt wurde.

Plenardebatte über die zukünftigen Aktivitäten der IPU zur Förderung der demokratischen Entwicklung und zur Sicherung einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE und der IPU

Zu diesem Tagesordnungspunkt sprachen von den Mitgliedern der Delegation der Interparlamentarischen Gruppe der Bundesrepublik Deutschland Abg. Dr. Günther Müller (CDU/CSU) und Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD).

Abg. **Dr. Günther Müller** (CDU/CSU) (Originalsprache: Deutsch)

„Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen,

wir erleben in diesen Jahren einen denkwürdigen Prozeß in Europa, beginnend mit der Konferenz in Helsinki, auf der der bisher erfolgreiche Versuch gemacht wurde, ein neues Zeitalter in Europa einzuleiten. Es ging um Durchsetzung der Menschenrechte, es ging um Überwindung von Gegensätzen und es geht in Fortführung dieses Prozesses darum, in einem verstärkten Maße auch die Parlamentarier in diesen Prozeß einzubinden. Hier wird eine eigene Versammlung im Rahmen der KSZE sicher nützlich sein, denn ich glaube, das zeigen für mich diese Tage und nicht Jahre, daß Parlamentarier vielleicht einiges mehr einbringen können in einem Prozeß, als dies Regierungen möglich ist. Hier könnte auch die IPU eine Rolle übernehmen in Verbindung mit der KSZE-Versammlung und sie könnte eine bestimmte Funktion erfüllen. Was mich aber in diesen Tagen besorgt, ist, daß die KSZE heute an einem Scheidepunkt steht, wo sich entscheiden wird, ob sie wirklich das neue Instrument für Frieden in Europa ist, aber auch, wie es in den Verträgen von Helsinki und in der Charta von Paris steht, der Menschenrechte und der Freiheiten. Es ist nicht so einfach, wie das z. B. gestern abend der niederländische Außenminister van der Brook in einem Fernsehinterview — ich habe es selbst gesehen — gesagt hat, in dem er einen sehr eigenartigen Vergleich zu den aktuellen Ereignissen in Jugoslawien anführte und sagte, in Deutschland, in der Bundesrepublik Deutschland würden auch die Panzer rollen, wenn sich Bayern selbständig machen würde. Da ich Bayer bin, fühle ich mich von einer solchen Äußerung betroffen. In einem föderalistischen Staat, wie der Bundesrepublik Deutschland, wäre so etwas nicht möglich. Es wäre nach der Verfassung nicht möglich. Aber es wäre denkwürdig, daß irgendein Militärobefehlshaber in der Bundesrepublik Deutschland gegen die Verfassung verstoßen würde. Dann wäre es Aufgabe, nicht nur der Bayern, sondern aller Demokraten in Deutschland, einem solchen Vorgehen Widerstand zu leisten. Das ist der Vergleich, der heute zu ziehen ist.

Meine sehr verehrten Kollegen, wenn Sie die Tagebücher von Joseph Goebbels nachlesen, dann wissen Sie, daß als der erste Verstoß damals von Adolf Hitler gegen völkerrechtliche Vereinbarungen mit dem Einmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes stattfand, Goebbels befürchtete, daß die westlichen Demokratien reagieren könnten und Hitler sich sofort zurückgezogen hätte. Aber er stellte fest, daß die Demokratien versagten und damit wurde ein Weg eingeleitet, der schließlich bis zum Zweiten Weltkrieg führte. Diese Politik, die mit dem Wort „Appeasement“ verbunden ist, hat viel Schuld auf sich geladen. Wenn jetzt der Generalstabschef Jugoslawiens von niemandem beauftragt, offensichtlich erklärt, man müsse eine Sache zu Ende führen, wo Blut fließt, wo unschuldige Menschen, nicht nur jugoslawische Bürger getroffen werden, denn es gab tote Türken, es gab tote Franzosen, es gab tote Deutsche bereits auf den jugoslawischen Straßen, wenn ein solcher Generalstabschef seine Luftwaffe einsetzt in unmittelbarer Nachbarschaft von Kernkraftwerken, die ein zweites Tschernobyl für Europa bedeuten könnten, dann ist es Pflicht der Demokraten in Europa hier ein deutliches und klares Wort zu sagen. Es ist typisch für mich, sehr verehrte Kollegen, daß als erstes die Fernseh- und Rundfunkstationen bombardiert werden, weil man die Freiheit des Wortes, die Wahrheit über das, was dort vorgeht, unterdrücken will, damit die Welt nicht erfährt, daß der „Panzerkommunismus“ noch nicht tot ist. Und ich sage das bewußt jetzt, denn die Befehle, die die Panzerkommandanten haben, ähneln denen, die die Truppen des Warschauer Paktes beim Einmarsch in die Tschechoslowakei damals auch hatten. Da wurde ihnen auch gesagt, ein unmittelbarer Angriff der NATO stehe bevor, wir müssen euch schützen. Und jetzt kennen wir ähnliche und gleiche Befehle. Wer, Kollgen, wenn wir nicht in der Lage sind, wir, die Parlamentarier Europas, wer soll denn dann in der Lage sein, Freiheit und Demokratie in Europa zu sichern. Wir müssen gemeinsam, wir müßten eigentlich sage ich, alle wie wir hier sitzen, dort hinreisen, uns auf die Straße setzen und sagen, beendet diesen fürchterlichen inneren Krieg, den ihr führt. Seid bereit, demokratisch miteinander umzugehen. Seid bereit, miteinander zu reden. Wenn wir das nicht können, wenn die KSZE hier versagt, werden wir alle meiner Meinung nach, eines Tages eine bittere Rechnung in Europa bezahlen müssen.“

Abg. **Prof. Dr. Hartmut Soell** (SPD) (Originalsprache: Deutsch)

„Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, sehr verehrte Kollegen,

zunächst möchte ich unseren österreichischen Kolleginnen und Freunden sehr herzlich danken für ihre Gastfreundschaft. Lassen Sie mich eine inhaltliche Bemerkung machen zur Arbeit der neuen KSZE-Versammlung. Gestern hat der ungarische Ministerpräsident Antall zu Recht gesagt, daß die jungen Demokratien in Osteuropa und Südosteuropa natürlich sehr stark der wirtschaftlichen Hilfe und des wirtschaftlichen Rates bedürfen. Und daß wir hier tatsächlich die Erfahrungen, die wir im Rahmen der IPU, aber auch in den westeuropäischen Organisationen gemacht ha-

ben, nutzen sollten. Ich halte die Diskussion über Vertiefung oder Erweiterung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine sehr akademisch abgehobene Gemeinschaft. Entscheidend ist, daß wir in der Zusammenarbeit mit den Ländern Ostmitteleuropas, Südosteuropas und der Sowjetunion diese Länder integrationsfähig machen und daß wir sie nicht wie ein Abgeordneter aus diesen Ländern, der sich im Gespräch beklagt hat, praktisch ins Wasser werfen und dieses Wasser ist nicht ein ruhiges Wasser, sondern ein Niagara. Man kann nicht in einem Niagara schwimmen. So hat er dieses Bild gebraucht und ich glaube, gerade die Erfahrung, die wir in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland gemacht haben, zeigen natürlich, daß wir solche wirtschaftlichen Verwerfungen, die politisch notwendig waren, aber im wirtschaftlichen Gebiet möglichst verhindern sollten. Und hier sollten wir auch für die neue Versammlung die ökonomische Kompetenz erweitern, wir sollten die Themen wie Energieverbund, der sowjetische Kollege hat darüber gesprochen, Technologietransfer, Ökologie, die auch in dem Schlußdokument erwähnt werden, sicherlich auch auf Fachkonferenzen nutzen, hierbei auch mit der Interparlamentarischen Union und ihren Erfahrungen bei der Organisation solcher Fachkonferenzen nutzen und im übrigen nicht nur durch die Einbeziehung von Mitgliedern der IPU-Delegation in diese neue Delegation für die KSZE-Versammlung hier den Verbund organisieren, sondern auch einen Beobachterstatus schaffen für die Interparlamentarische Union, für den Europarat, für die Nordatlantische Versammlung und die Westeuropäische Union im Rahmen dieser neuen Versammlung. Ich meine, gerade in diesem Bereich können wir vielleicht etwas Besseres zustande bringen, als das, was wir bisher im politischen Bereich zustande gebracht haben, die sogenannte neue Weltordnung ist jedenfalls vor dem Hintergrund der Krise der Völker Jugoslawiens hier eher negativ zu werten. Ich hoffe, daß wir im Bereich der Wirtschaftspolitik in Zukunft erfolgreicher sind, denn sie wird mit den Ausschlag darüber geben, ob dieses neue Europa zusammenwächst oder nicht. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Als Gastredner zu diesem Tagesordnungspunkt sprach der Präsident der spanischen Deputiertenkammer, **Félix Pons Irazabál**. Zu Beginn seiner Rede hob er die große Bedeutung der KSZE-Institutionen hervor, die in der gegenwärtigen Krisensituation besonders deutlich würde. Die KSZE sei lebenswichtig für Europa, um Freiheit, Demokratie und Frieden zu sichern. Die Zukunft Europas müsse geprägt sein von dem Streben nach Solidarität, Frieden, Integration und Zusammenarbeit. Eine wichtige Rolle im institutionellen Rahmen der KSZE nehme die neugegründete Parlamentarierversammlung ein. Ihre Aufgabe liege einerseits darin, die Exekutive zu kontrollieren und andererseits die Parlamentarier am KSZE-Prozeß zu beteiligen. In die Arbeit dieser neuen Institution müßten die Erfahrungen der IPU, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der WEU und auch der Nordatlantischen Versammlung einbezogen werden. Die Madrider Konferenz zur Gründung der neuen KSZE-Parlamentarierversammlung sei auf spanische Initiative zustande ge-

kommen. In Madrid habe es dann einen Konsens zur Schaffung einer eigenständigen Versammlung der KSZE gegeben. Die Schlußresolution der Madrider Konferenz sei beim Berliner Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten behandelt worden, wobei die Außenminister die KSZE-Versammlung als wichtigen Schritt bei der Umsetzung der Pariser Charta für ein neues Europa begrüßt hätten. Da es sich bei der Madrider Resolution um ein Konsensdokument gehandelt habe, seien verständlicherweise nicht alle Vorstellungen der verschiedenen Delegationen aufgenommen worden. Bei allen Delegationen habe aber Einigkeit darüber bestanden, der neuen KSZE-Versammlung eine einfache Struktur zu geben. Aufgabe der KSZE-Versammlung sei es unter anderem, regelmäßig die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten sowie die nationalen Parlamente über die Arbeit der Versammlung zu informieren und Empfehlungen zu den die KSZE betreffenden Fragen zu geben. Obwohl es sich bei der KSZE-Versammlung um eine eigenständige Institution handele, werde sie versuchen, mit den bestehenden interparlamentarischen Gremien zusammenzuarbeiten. Dabei müsse die Frage geklärt werden, auf welche Weise eine zufriedenstellende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen erfolgen könne. Angesichts der Zielvorstellungen der Charta von Paris, ein neues Europa zu schaffen, müßten alle bestehenden Institutionen ihre Rolle neu definieren. Abschließend begrüßte er die weitere Institutionalisierung des KSZE-Prozesses als eines der Instrumente der Integration in Europa.

Zum Abschluß der Debatte sprach der österreichische Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, **Dr. Alois Mock**. Zu Beginn seiner Rede wies er darauf hin, daß mit der Beendigung der politischen und militärischen Konfrontation in Europa, der zunehmenden Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der verbesserten Zusammenarbeit in fast allen Bereichen die ursprünglichen Ziele der KSZE mittlerweile weitgehend verwirklicht worden seien. In den meisten Staaten Mittel- und Osteuropas gebe es mittlerweile demokratisch legitimierte Regierungen und Parlamente, die aus freien Wahlen hervorgegangen seien. Daher sei es an der Zeit, daß die KSZE, die bisher ausschließlich ein Forum von Regierungsvertretern gewesen sei, auch eine eigene parlamentarische Dimension erhalte. Er begrüße deshalb die Anfang April von Parlamentariern aus allen KSZE-Staaten bei einem Treffen in Madrid beschlossene Schaffung einer eigenständigen Parlamentarischen Versammlung der KSZE. Auf die Ereignisse in Jugoslawien eingehend, hob er die Bedeutung der Fortsetzung des KSZE-Prozesses hervor. Die neugeschaffenen Mechanismen der KSZE, insbesondere der Krisenmechanismus, müßten nun ihre Fähigkeit zur Problemlösung beweisen. Die neugeschaffenen Strukturen und Institutionen der KSZE müßten in vollem Maße benutzt werden und im Lichte der praktischen Erfahrungen weiter ausgebaut werden. Mit der Schaffung eines Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen, eines sogenannten Krisenmanagementinstrumentes, und der beschlossenen Stärkung des Konfliktverhütungszentrums hätten die Außenminister anläßlich ihres Berliner Treffens wich-

tige Impulse für die weitere Institutionalisierung des KSZE-Prozesses gegeben. Demokratie sei nicht bloß durch einen einmaligen Systemwechsel und die Abhaltung freier Wahlen zu verwirklichen. Sie erfordere kontinuierliche Anstrengungen zur Festigung und Stärkung der neugeschaffenen demokratischen Institutionen. Abschließend bemerkte er, daß das beachtliche Maß an Übereinstimmung und Kooperationsbereitschaft, das in den letzten Jahren im Rahmen der KSZE erzielt worden sei, ohne die Unterstützung der Parlamentarier in den nationalen Parlamenten und in den interparlamentarischen Gremien nur schwer zustande gekommen wäre.

Zum Abschluß der Tagung verabschiedeten die Teilnehmer einstimmig ein Dokument mit den Schlußfolgerungen und Empfehlungen der VII. Interparlamentarischen Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit.

III. Zusammenfassung

Im Mittelpunkt der VII. Interparlamentarischen Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit stand die sich zuspitzende politische Krise in Jugoslawien. Angesichts der dramatischen Ereignisse trat das eigentliche Vorhaben der Konferenz, eine Bilanz der Arbeit der Interparlamentarischen Union im KSZE-Bereich zu ziehen und Perspektiven für die zukünftige Arbeit aufzuzeigen, in den Hintergrund. Die Konferenz wurde in erster Linie zu einem Forum der parlamentarischen Diskussion über die dramatischen Ereignisse in Jugoslawien. Die Mehrzahl der Parlamentarier sah in der politischen Krise in Jugoslawien und der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts einen ersten und zugleich entscheidenden Testfall für den neugeschaffenen KSZE-Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen. Wenngleich der KSZE-Krisenmechanismus auch noch nicht perfekt sei, so werde der Fall Jugoslawien doch zeigen, ob die KSZE in Krisensituationen überhaupt funktioniere und darüber hinaus in der Lage sei, Konflikte zu lösen. Die Parlamentarier sprachen sich in diesem Zusammenhang für eine weitere Institutionalisierung des KSZE-Prozesses und insbesondere eine Stärkung des Konfliktverhütungszentrums aus. Die Parlamentarier stimmten darin überein, daß eine friedliche, für alle am Konflikt beteiligten Seiten annehmbare politische Lösung der Krise gefunden werden müsse. Die Krise in Jugoslawien, die Folge des ethnischen, wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Ungleichgewichts der jugoslawischen Völker sei, könne aber nur im Dialog am Verhandlungstisch gelöst werden. Obwohl sich alle Parlamentarier für eine friedliche Beilegung des Konflikts aussprachen, gab es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie eine politische Lösung aussehen könnte. Ein Teil der Delegierten forderte, das Selbstbestimmungsrecht der nach Unabhängigkeit strebenden Republiken Slowenien und Kroatien anzuerkennen, während andere Delegierte sich für die Erhaltung der territorialen Integrität Jugoslawiens einsetzten. Die Parlamentarier nahmen bereits am ersten Sitzungstag einstimmig eine Erklärung zur Lage in Jugoslawien an, in der zur Beendigung aller Gewalthandlungen

sowie zu einer politischen Lösung der Krise aufgerufen wird. Mit der Verabschiedung dieser Erklärung zeigten die Parlamentarier der IPU einmal mehr ihre Stärke, auf aktuelle Ereignisse zu reagieren und entschiedene Stellung zu beziehen.

Im Verlauf der Debatte hoben zahlreiche Delegierte die bedeutende Rolle hervor, die der KSZE-Prozeß in den vergangenen Jahren in Europa gespielt habe. Ohne den KSZE-Prozeß seien die politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kaum denkbar gewesen. Auch nach der Überwindung der Teilung Europas sei es notwendig, den KSZE-Prozeß weiter fortzusetzen, um das bisher Erreichte zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Delegierten unterstrichen die Bedeutung der Charta von Paris für ein neues Europa und begrüßten die weitere Institutionalisierung der KSZE. Die Bedeutung der KSZE in einem neuen Europa liege vor allem in der Stärkung der pluralistischen Demokratie und der Durchsetzung der KSZE-Prinzipien. Dank des KSZE-Prozesses habe sich in Osteuropa eine Entwicklung vollzogen, die ohne historische Parallele sei. In der gegenwärtigen Phase des Übergangs in Mittel- und Osteuropa seien aber wirtschaftliche Probleme, soziale Spannungen und Nationalitätenkonflikte neue Faktoren einer möglichen Instabilität in Europa. Zahlreiche Delegierte wiesen in diesem Zusammenhang auf die Gefahr des Entstehens einer neuen Grenze zwischen Ost und West, der sogenannten Wohlstandsgrenze, hin. Deshalb sei es im Rahmen des KSZE-Prozesses erforderlich, die Staaten Mittel- und Osteuropas in Zukunft auch wirtschaftlich zu unterstützen.

Die Konferenzteilnehmer begrüßten einhellig, daß Albanien der KSZE anläßlich des Berliner Außenministertreffens als 35. Mitglied beigetreten sei. Da nunmehr alle Staaten Europas der KSZE angehörten, biete sich eine wirkliche Chance für die Schaffung eines neuen demokratischen Europas. Einige Konferenzteilnehmer wiesen in ihren Beiträgen auf die Schwierigkeiten der nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Staaten hin und sprachen sich dafür aus, Vertreter dieser Länder als Beobachter zu den KSZE-Konferenzen zuzulassen.

Die Konferenzteilnehmer waren sich weitgehend darin einig, daß der KSZE-Prozeß nicht allein auf Europa beschränkt bleiben dürfe. Die KSZE könne viel-

mehr auch als Vorbild für andere Regionen der Welt dienen, die nach Freiheit und Demokratie streben. Zahlreiche Delegierte aus den europäischen Mittelmeerranrainerstaaten sprachen sich deshalb dafür aus, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum abzuhalten. Da sich der Mittelmeerraum und der Nahe Osten zu einer neuen Zone der politischen Instabilität entwickelten, sei es wichtig, in dieser Region Kooperation und friedliche Koexistenz zu fördern. Eine solche Konferenz unter Beteiligung aller Mittelmeerranrainerstaaten sei keine Konkurrenz, sondern lediglich eine Ergänzung zur KSZE.

In der Frage der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE und der Interparlamentarischen Union bestand bei den Delegierten Einigkeit darin, daß die IPU ihren reichen Erfahrungsschatz im KSZE-Bereich einbringen sollte. Die Parlamentarier stimmten darin überein, daß die VII. Interparlamentarische Konferenz für Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit die letzte ihrer Art sein sollte, da derartige Konferenzen durch die Gründung der KSZE-Versammlung obsolet geworden seien. Wegen der großen Bedeutung des KSZE-Prozesses sollte es aber weiterhin regelmäßige Treffen der Parlamentarier der KSZE-Teilnehmerstaaten am Rande der Interparlamentarischen Konferenzen geben. Auf diese Weise könnte die Parlamentarier der IPU die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses verfolgen und bewerten und dadurch auch der KSZE-Parlamentarierversammlung neue Impulse geben. Um eine enge Zusammenarbeit zwischen der KSZE-Versammlung und den bestehenden interparlamentarischen Gremien zu gewährleisten, forderten die Delegierten, Vertreter der Interparlamentarischen Union, aber auch der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der Westeuropäischen Union und der Nordatlantischen Versammlung als Beobachter zu den Konferenzen der KSZE-Parlamentarierversammlung zuzulassen. Zudem sei es wichtig, bei der Zusammensetzung der nationalen Delegationen in der Parlamentarischen Versammlung der KSZE darauf zu achten, daß darin Mitglieder der IPU, der NAV sowie der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU vertreten seien. Denn nur auf diese Weise können eine aktive Mitarbeit der anderen interparlamentarischen Gremien in der Versammlung der KSZE gewährleistet werden.

Leni Fischer, MdB

Leiterin der Delegation

Prof. Dr. Hartmut Soell, MdB

Stellvertretender Leiter der Delegation

IV. Anhang

Anhang 1

Die derzeitige Lage in Jugoslawien**Erklärung der Konferenz vom 1. Juli
(im Konsenswege verabschiedet)**

Die VII. Interparlamentarische Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit bringt ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck über den politischen Konflikt und den Ausbruch von Gewalt in Jugoslawien, welche eine Tragödie für die Völker Jugoslawiens und eine Gefahr für die Stabilität und damit für die Sicherheit in Europa bedeuten.

Die Konferenz unterstützt die Vermittlungsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft und anderer europäischer Institutionen sowie dritter Staaten und begrüßt es, daß der KSZE-Dringlichkeitsmechanismus erstmalig in Gang gesetzt wurde und vertraut darauf, daß er sich als erfolgreich erweisen wird.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine zufriedenstellende Lösung für die derzeitige Situation in Jugoslawien nur erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichten und sich zu einem politischen Dialog zusammenfinden mit dem Ziel, eine friedliche für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu erreichen.

Die Konferenz betont, daß es Sache der Völker Jugoslawiens ist, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Wie auch immer sich die Beziehungen zwischen den Völkern Jugoslawiens entwickeln mögen, wichtig ist, daß auf jeden Fall Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, einschließlich die Rechte der Minderheiten, in allen

Regionen Jugoslawiens uneingeschränkt respektiert werden. In diesem Zusammenhang begrüßt die Konferenz die Wahl von Stipe Mesic zum Präsidenten der föderativen sozialistischen Republik Jugoslawiens als eine in der Hinsicht förderliche Entwicklung.

Die Konferenz ruft alle an der jugoslawischen Krise beteiligten Parteien auf:

- sofort jede Art von Kampfhandlungen einzustellen und
- weitere Anstrengungen zu unternehmen, um eine politische Lösung für das Problem der Völker Jugoslawiens herbeizuführen, die ein friedliches Zusammenleben in der Zukunft gewährleistet im Einklang mit den in dieser Erklärung dargelegten Prinzipien.

**Zusatzerklärung der Konferenz vom 3. Juli
(im Konsenswege angenommen)**

Die Konferenz schlägt zusätzlich zu der am 1. Juli verabschiedeten Erklärung über die derzeitige Lage in Jugoslawien dem Rat der Außenminister der KSZE-Staaten vor, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzukommen, um sich mit der Krise in Jugoslawien zu befassen. Dieses Treffen sollte im Anschluß an die im Rahmen des Dringlichkeitsmechanismus erfolgten Konsultationen über die jugoslawische Krise stattfinden. Die Ansichten aller am Konflikt beteiligten Seiten sind dabei zu hören und zu berücksichtigen.

Anhang 2

**Schlußfolgerungen und Empfehlungen der
VII. Interparlamentarischen Konferenz über
Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit**

1. Der Kalte Krieg und die ihn ständig schürende ideologische Konfrontation haben endlich in Europa und in der ganzen Welt ein Ende gefunden. Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 haben zum Entstehen eines neuen Europa geführt, das sich zu den gleichen Grundprinzipien bekennt, wie sie von der KSZE mit Beginn des Prozesses von Helsinki formuliert wurden. Dieser Prozeß hat zweifellos eine Schlüsselrolle bei diesen positiven Entwicklungen gespielt.

2. Die Teilung Deutschlands, das Symbol für das geteilte Europa, ist ebenfalls beendet worden. In Deutschland hat im Einklang mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie in der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte von Helsinki verkündet, eine friedliche Wiedervereinigung stattgefunden.

3. Seit der Unterzeichnung der Charta von Paris für ein neues Europa, welche die KSZE mit ständigen Institutionen ausgestattet und ihr Arbeitsprogramm neustrukturiert hat, ist die KSZE zu einem der wichtigsten Instrumente der neuen europäischen Ordnung geworden. Diese Entwicklung wurde durch die Auf-

nahme Albaniens, entsprechend dem Beschluß des Rats der Außenminister der KSZE-Staaten auf seiner ersten Sitzung in Berlin (Juni 1991) bekräftigt.

4. Die zehn Prinzipien, welche die Beziehungen der KSZE-Staaten untereinander regeln, wie in der Schlußakte von Helsinki niedergelegt und in späteren KSZE-Dokumenten weiterentwickelt, behalten ihre volle und umfassende Gültigkeit. Die wirksame Achtung dieser Prinzipien in einem Geiste von Treu und Glauben durch alle Teilnehmerstaaten ist eine entscheidende Voraussetzung für Sicherheit, Zusammenarbeit, Frieden, Gerechtigkeit und Stabilität in Europa.

5. Die Interparlamentarische Union hat de facto seit 1973 die parlamentarische Dimension der KSZE durch die Veranstaltung von sechs Sonderkonferenzen und durch ihre Mechanismen für die Begleitung des KSZE-Prozesses sowie durch bi- und multilaterale Kontakte auf parlamentarischer Ebene übernommen. 1990 wurde in der Charta von Paris die wichtige Rolle anerkannt, welche die Parlamentarier in diesem neuen Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa übernehmen müssen. Die Interparlamentarische Union hat diese Anerkennung begrüßt ebenso wie den am Ende des Treffens der Parlamentarier aus den KSZE-Teilnehmerstaaten gefaßten Beschluß in Madrid (2. bis 3. April 1991), die KSZE mit einer parlamentarischen Versammlung auszustatten.

6. Die KSZE bleibt weiterhin ein unerlässliches Instrument in einem nunmehr geeinten und freien Europa, welches einmütig nach mehr Demokratie, Frieden, Stabilität, Wohlstand und Einheit strebt.

Sicherheit

Konventionelle Streitkräfte

7. Mit dem Pariser Vertrag über die Konventionellen Streitkräfte in Europa (19. November 1990) soll ein stabileres und sicheres Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte bei beträchtlich verringerten Streitkräftestärken erreicht werden. Seine bevorstehende Verwirklichung würde der Fähigkeit irgendeines Staates, einen Überraschungsangriff oder eine raumgreifende Offensive auf dem Kontinent einzuleiten, ein Ende bereiten.

8. Die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Auslegung der Bestimmungen von Artikel 3 des Vertrages, die bislang die 22 Vertragsstaaten daran gehindert haben, den Vertrag zur Ratifizierung vorzulegen, sind ausgeräumt worden. Die Konferenz fordert daher die Regierungen und Parlamente der betroffenen Staaten auf, so schnell wie möglich Maßnahmen zur Ratifizierung und Durchsetzung des Vertrags zu ergreifen.

Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen — VSBM

9. Das Wiener Dokument über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen besitzt grundlegende politische Bedeutung. Mit ihm wurde eine neue Generation von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen eingeführt, welche den jährlichen Austausch militärischer Informationen mit Überprüfungsbesuchen, einen Mechanismus für die Zusammenarbeit in bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten und bei gefährlichen Zwischenfällen militärischer Art, ein direktes Kommunikationsnetz zwischen den Hauptstädten der KSZE-Staaten und schließlich erstmalig Besuche von Militärflugplätzen vorsehen. Sein Abschnitt über die Verminderung der Risiken ist von besonderer Bedeutung, da er die Kernpunkte für eine Bestimmung in bezug auf das Krisenmanagement enthält. Gleichzeitig werden mit dem Dokument die Bestimmungen des Stockholmer Regimes über Ankündigung, Beobachtung, Jahresübersichten, Einhaltung und Verifikation sowie Inspektion festgelegt.

10. Die Konferenz empfiehlt den Teilnehmerstaaten des KSZE-Prozesses die Schaffung eines direkten Kommunikationsnetzes zu beschleunigen und die mit dem Wiener Konfliktverhütungszentrum zur Verfügung gestellten Einrichtungen bei allen Angelegenheiten, die sich auf die Durchführung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen beziehen, möglichst umfassend zu nutzen.

11. Sie nimmt die ab dem Jahr 1991 vorgesehene Veranstaltung eines jährlichen Treffens zur Beurteilung der Durchführung der VSBM zur Kenntnis und verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, daß derartige Treffen nicht zu einer praktischen Einschränkung der Beurteilungsfunktionen führen werden, die traditionellerweise den „Folgetreffen“ der KSZE oblagen, wenn es darum ging, das gesamte Spektrum der im Zusammenhang mit dem Prozeß von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen zu überprüfen.

Die in Wien parallel geführten Verhandlungen über Abrüstung und über VSBM

12. Die konventionelle Abrüstung ist von allergrößter Bedeutung für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa. Die Konferenz äußert daher die Hoffnung, daß die derzeitigen KSE-Verhandlungen, wie in der Charta von Paris vorgesehen, bis zum März 1992, wenn das 4. KSZE-Folgetreffen in Helsinki eröffnet werden soll, abgeschlossen sein werden.

13. Da die VSBM positive Auswirkungen in bezug auf militärische Transparenz, Verhütung des Risikos einer Eskalation und seit kurzem auch auf das Krisenmanagement haben, empfiehlt die Konferenz den KSZE-Staaten, sich für den erfolgreichen Abschluß der Wiener Verhandlungen über die VSBM einzusetzen mit dem Ziel, diese Verhandlungen noch vor dem 4. KSZE-Folgetreffen abzuschließen.

14. Die Konferenz begrüßt die von den Teilnehmerstaaten des KSZE-Prozesses getroffene Entscheidung, ein zweites Seminar über militärische Doktrinen in

Wien vom 8. bis 18. Oktober 1991 abzuhalten angesichts der Bedeutung dieser Frage für ein Europa, in dem es keine Argumentation nach Blöcken mehr gibt.

15. Sie begrüßt den Beschluß des Rats der Außenminister der KSZE zum Abschluß seiner ersten Tagung in Berlin in bezug auf die Einleitung informeller vorbereitender Konsultationen im September 1991, die dazu dienen sollen, neue Verhandlungen zwischen den 35 Staaten über Abrüstung sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu eröffnen und äußert die Hoffnung, daß diese Verhandlungen die Form eines eigenständigen Forums annehmen werden.

Gemeinsame Erklärung der 22 Staaten

16. Mit der gemeinsamen Erklärung vom 19. November 1990 haben die Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses und jene der Warschauer Vertragsorganisation feierlich bekundet, daß sie sich nicht länger als Gegner betrachten und einander die Hand zur Freundschaft reichen wollen. Die Konferenz begrüßt die Unterzeichnung dieses Dokuments sowie die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen den Staaten der früheren Warschauer Vertragsorganisation und dem NATO-Hauptquartier in Brüssel.

17. Die Konferenz nimmt die Auflösung des Warschauer Vertrags zur Kenntnis. Sie begrüßt die von der NATO eingeleiteten ersten positiven Veränderungen im Rahmen ihrer militärischen und strategischen Doktrinen sowie das Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates von Kopenhagen (Juni 1991), in dem der Wille zu einer sich entwickelnden Sicherheitspartnerschaft mit den Staaten Mittel- und Osteuropas durch die Implementierung eines breiten Spektrums neuer politischer und praktischer Initiativen bekundet wird.

Friedliche Streitbeilegung

18. Der Schlußbericht des Expertentreffens von Valletta am 8. Februar 1991 ist das erste substantielle Dokument, das von der KSZE im Bereich der friedlichen Streitbeilegung verabschiedet wurde.

19. Die Konferenz begrüßt es, daß dieser Bericht, der später vom Rat der Außenminister der KSZE bekräftigt wurde, einen besonderen Mechanismus für die friedliche Streitbeilegung, zu der die betroffenen Parteien nicht in der Lage sind, einführt, und zwar innerhalb einer angemessenen Zeit, um eine Lösung über direkte Verhandlungen zu erreichen und begrüßt es, daß das Wiener Konfliktverhütungszentrum damit beauftragt wurde, als „ernennende Institution“ des KSZE-Streitbeilegungsmechanismus zu fungieren.

20. Sie empfiehlt den KSZE-Staaten, dem Direktor des Wiener Zentrums die Liste der Personen vorzulegen, die in das Verzeichnis der Personen eingetragen werden sollen, aus denen sich der Mechanismus für friedliche Streitbeilegung zusammensetzt, damit dieser Mechanismus unverzüglich handlungsfähig sein kann.

21. Der Prozeß der konstitutionellen Reform, der darauf gerichtet ist, die legitimen Forderungen von Völkern nach verstärkter Souveränität zu fördern, gibt oft zu Spannungen und Konflikten Anlaß, die internationale Auswirkungen haben.

22. Die Suche nach Lösungen für derartige Spannungen und Konflikte muß auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Beachtung der Rechte des einzelnen und der Gemeinschaft erfolgen, und sie muß insbesondere mit Hilfe von Dialog und Verhandlungen zwischen allen Beteiligten im Geiste des KSZE-Prozesses durchgeführt werden.

Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen

23. Die Konferenz äußert Befriedigung über den vom Rat der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Berlin gefaßten Beschluß, einen Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen einzurichten, der die unverzügliche Einberufung eines Ausschusses hoher Beamter ermöglicht auf der Grundlage einer Verständigung zwischen 12 oder mehr KSZE-Staaten.

Verbot chemischer Waffen

24. Die Konferenz äußert die Hoffnung, daß die Regierungen der KSZE-Staaten einen entscheidenden Beitrag zur Erarbeitung einer neuen Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen leisten werden, welche umfassend, nichtdiskriminierend und wirksam verifizierbar ist und hofft, daß sie zu den ersten Unterzeichnern gehören werden.

Nichtverbreitung von Waffen

25. Aufgrund ihrer Waffenarsenale und technologischen Kapazitäten besitzen die KSZE-Staaten besondere Verantwortung für die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und den Transfer konventioneller Waffen und Technologie in Spannungsgebiete.

26. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Konferenz die Empfehlung der Interparlamentarischen Abrüstungskonferenz von Bonn (1990) in bezug auf die Notwendigkeit, im Rahmen der Vereinten Nationen ein Register über den internationalen Waffentransfer einzurichten.

Terrorismusbekämpfung

27. Die Konferenz verurteilt uneingeschränkt alle terroristischen Aktionen und Vorgehensweisen und betont die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der KSZE-Staaten mit dem Ziel einer kontinuierlichen Bekämpfung des Terrorismus und schließlich seiner Ausrottung.

Bekämpfung des Drogenhandels

28. Die Konferenz betont ebenfalls die Notwendigkeit einer Verbesserung der Voraussetzungen für die europäische Zusammenarbeit im Hinblick auf die Bekämpfung des Drogenhandels, welcher die Stabilität unserer Gesellschaft gefährdet und damit den gesamten Komplex der Sicherheit in Europa berührt.

Menschliche Dimension

Die Menschenrechte im neuen Europa

29. Die Achtung der Menschenrechte und des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit sind wesentliche Parameter der neuen Ära der Demokratie, des Friedens und der Einheit, die seit 1989 in Europa ihren Einzug gehalten hat. Das Entstehen eines Europas, in dem in allen Staaten Demokratie herrscht, erfordert mehr Offenheit sowie verstärkten Dialog und Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte und im Rahmen der freien und repräsentativen Institutionen.

30. Insbesondere muß jeder Staat gleiche Rechte für Mann und Frau gewährleisten. Die KSZE-Teilnehmerstaaten müssen alle erforderlichen Maßnahmen, einschließlich gesetzlicher Maßnahmen ergreifen, um die systematische Diskriminierung von Frauen zu beseitigen, die ihnen den Genuß gleicher Rechte verwehrt, und sie müssen die wirkame Beteiligung von Frauen am politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben fördern.

Die Konferenz über die menschliche Dimension

31. Die Konferenz billigt vorbehaltlos die Bestimmungen des Kopenhagener Dokuments über die menschliche Dimension (Juni 1990) und jene der Charta von Paris, in denen als Ziele Rechtsstaatlichkeit sowie repräsentative und pluralistische Demokratie auf dem gesamten Kontinent festgelegt werden.

32. Die Konferenz äußert die Hoffnung, daß das dritte Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension, das im September/Okttober in Moskau stattfinden soll, dem Prozeß der menschlichen Dimension der KSZE neue Anstöße verleihen wird und eine direkte Ermutigung für die Fortsetzung der Reformen und Demokratisierung in der Sowjetunion sein wird.

Der Mechanismus der menschlichen Dimension

33. Die wirksame Beachtung der Menschenrechte ist von vorrangiger Bedeutung im neuen Europa, und hierfür sind die politischen Voraussetzungen derzeit günstig. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Prozeß der Konferenz über die menschliche Dimension auf

regelmäßiger Basis nach dem Moskauer Treffen fortgesetzt werden sollte.

34. Sie äußert ebenfalls die Hoffnung, daß auf dem Moskauer Treffen der Beschluß gefaßt werden wird, wie in der Charta von Paris vorgesehen, den Mechanismus der menschlichen Dimension, der sich seit 1989 bewährt hat, weiter auszubauen, damit Einzelpersonen die Möglichkeit gegeben wird, sich unbeschadet bestehender internationaler Instrumente und Verfahren für den Schutz ihrer Rechte einzusetzen.

Freie Wahlen

35. Die Konferenz betont, wie wichtig es ist, die Errichtung demokratischer Regierungen die auf dem Willen des Volkes beruhen, und die Schaffung von Institutionen auf der Grundlage freier und fairer Wahlen zu unterstützen und zu fördern.

36. Sie begrüßt die gemäß der Charta von Paris erfolgte Einrichtung eines Büros für freie Wahlen in Warschau.

Nationale Minderheiten

37. Die Konferenz begrüßt mit Genugtuung, daß die Frage der nationalen Minderheiten nun zu einer wichtigen Angelegenheit der KSZE geworden ist. Diese Frage kann nur in einem demokratischen politischen Rahmen zufriedenstellend beantwortet werden, in dem Mehrheiten und Minderheiten sinnvoll und in gegenseitiger Achtung zusammenleben können. Das neue Europa muß tolerant und pluralistisch sein.

38. Das Genfer Expertentreffen (1. bis 19. Juli 1991) sollte der KSZE Gelegenheit geben, einen entscheidenden Durchbruch in bezug auf das Problem der nationalen Minderheiten zu erzielen, das eine der schwerwiegendsten Quellen der Instabilität im neuen Europa darstellt.

39. Minderheitenkonflikte könnten dem von der KSZE in Valetta angenommenen Mechanismus für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und/oder dem Konfliktverhütungszentrum unterbreitet werden, wobei die einzelnen Modalitäten noch festzusetzen sind.

40. Die Angehörigen nationaler Minderheiten müssen eine gleiche und nicht diskriminierende Behandlung erfahren. Um dem Assimilationsdruck zu widerstehen, müssen ihnen ebenfalls Kollektivrechte, wie z. B. das Recht auf Existenz, das Recht auf Selbstverwaltung sowie das Recht auf Erhaltung ihres kulturellen Erbes und ihrer kulturellen Identität zuteil werden.

Freizügigkeit

41. Die Konferenz bekräftigt erneut das Recht eines jeden einzelnen, sein Heimatland zu verlassen und dorthin zurückzukehren. Sie begrüßt den aufgrund

des KSZE-Prozesses in dieser Hinsicht erreichten Fortschritt, insbesondere im Bereich der Familienzusammenführung.

42. Der Anstieg der Wanderbewegungen in Europa ist besorgniserregend und erfordert eine enge bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten.

Wanderarbeiter

43. Die Frage der Wanderarbeiter, die sich rechtmäßig in den Aufnahmeländern aufhalten, beinhaltet eine menschliche Dimension, und deshalb besteht die Konferenz auf der Notwendigkeit, die Rechte dieser Kategorie Arbeiter sowie die ihrer Familien entsprechend zu definieren.

Freier Informationsfluß und Gedankenaustausch

44. Der freie Informationsfluß und Gedankenaustausch ist eine wesentliche Bedingung für die volle Entfaltung des Menschen im Zusammenhang mit der Ausübung seiner grundlegenden Rechte und Freiheiten und sollte weiterhin ein vorrangiges Ziel der KSZE sein.

Kulturelle Zusammenarbeit

45. Das Bewußtsein im Hinblick auf das Bestehen gemeinsamer kultureller Werte in allen KSZE-Staaten war einer der wesentlichen Faktoren, die zur Überwindung der Teilung des Kontinents beigetragen haben.

46. Die Konferenz begrüßt mit Genugtuung die Verabschiedung des Schlußberichtes des Krakauer Symposiums über das kulturelle Erbe und erinnert die KSZE-Staaten daran, daß die kulturelle Zusammenarbeit eine menschliche Dimension hat, die sowohl nationale und regionale Minderheiten als auch Wanderarbeiter betrifft.

47. Sie betont die heute mehr als jemals zuvor bestehende Notwendigkeit einer Vertiefung des kulturellen Dialogs zwischen Europa und den übrigen Kontinenten unter Anwendung der bestehenden Mechanismen.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeit der KSZE

48. Unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Charta von Paris ist die Ausarbeitung von Maßnahmen angebracht, um diejenigen Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen, die zur Förderung der Ziele der KSZE beitragen, auf wirksame Art und Weise in die Tätigkeit und die neuen Strukturen der KSZE einzubeziehen, damit insbesondere eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Arbeit der KSZE erfolgt.

Wirtschaftliche, wissenschaftliche, technologische und umweltpolitische Zusammenarbeit

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

49. Die Konferenz begrüßt die Verabschiedung des Schlußdokuments der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (April 1990), in dem anerkannt wird, daß alle KSZE-Staaten freie und wettbewerbsfähige Marktwirtschaften benötigen, in denen Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen.

50. Insbesondere hebt sie die im Bonner Dokument enthaltenen Bestimmungen über die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen hervor, die Garantie des Privateigentums, die Autonomie des Privatsektors, die freien Kontakte zwischen Handelspartnern, die regelmäßige Veröffentlichung von ausführlichen, kompatiblen und aktualisierten Informationen über Wirtschaft und Handel sowie die Freizügigkeit im Hinblick auf Waren, Kapital und Dienstleistungen.

51. Sie billigt insbesondere die durch das Bonner Dokument hergestellte Verbindung zwischen Marktwirtschaft und politischem Pluralismus sowie zwischen Marktwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit, um so mehr, als der Übergang zur Marktwirtschaft schwere Opfer für die Bevölkerung der betroffenen Länder mit sich bringt.

52. Sie begrüßt die Tatsache, daß die Charta von Paris „die wichtige Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas“ anerkennt, und begrüßt ebenfalls die Schaffung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD).

53. Die Konferenz betont die grundlegende Rolle, die die KSZE in den kommenden Jahren zu spielen hat, um zu verhindern, daß eine wirtschaftliche und technologische Kluft an die Stelle der früheren ideologischen Spaltung tritt.

54. Sie unterstreicht die Bedeutung einer Reduzierung der Import- und Exportbeschränkungen, um das Wohlstandsgefälle zwischen den europäischen Ländern zu verringern.

55. Die Konferenz empfiehlt daher, die mittel- und osteuropäischen Länder so rasch wie möglich in die Weltwirtschaft einzugliedern, und betont, daß ein solcher Prozeß zur allgemeinen Sicherheit und zum allgemeinen Wohlstand Europas und der Welt beitragen wird.

Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit

56. Die Konferenz billigt die Bestimmungen der Charta von Paris im Hinblick auf das Ziel, das zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten bestehende technologische Entwicklungsgefälle zu überwinden, insbesondere, um in den Ländern, die sich in der Übergangsphase zur Marktwirtschaft befinden, die Demokratie zu konsolidieren und den Wohlstand zu fördern.

57. Die bereits für den Technologieaustausch eingeführten Erleichterungen der COCOM-Beschränkungen sollten beschleunigt und erweitert werden.

Umwelt

58. Der Umweltschutz ist eine unverzichtbare Bedingung für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Staaten.

59. Obwohl das auf dem Treffen in Sofia (November 1989) angenommene Programm für Zusammenarbeit seine volle Gültigkeit behält, muß es durch neue multilaterale Maßnahmen erweitert und vertieft werden.

60. In Unterstützung des Prinzips der tragfähigen Entwicklung empfiehlt die Konferenz den KSZE-Staaten, dem Umweltschutz höchste Priorität beizumessen, und fordert die KSZE dringend auf, in Verbindung mit den betreffenden multilateralen Organisationen die Ausarbeitung von Umweltschutzbestimmungen zu beschleunigen und als Rahmen für einen rechtsverbindlichen Verhaltenskodex zu dienen, der Bestimmungen für den Informationsaustausch und die Kontrolle über grenzüberschreitende Umweltgefahren enthält.

Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

61. Die Interdependenz zwischen Europa und der Mittelmeerregion sowie die Verflechtung der europäischen Sicherheit mit der des Mittelmeerraums erfordern eine Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen Europa und der Mittelmeerregion innerhalb und außerhalb des KSZE-Rahmens.

62. Unter Berücksichtigung der Beendigung des Kalten Krieges in Europa und der Auswirkungen der Krise am persischen Golf wäre die Einführung eines echten Dialogs zwischen Europa und der Mittelmeerregion besonders zweckmäßig und würde sich positiv auf die Frage der Wanderarbeiter auswirken.

63. Es scheint ebenfalls dringend erforderlich zu sein, im gesamten Mittelmeerbecken eine Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt einzuführen, wie es im Schlußbericht des 1990 in Palma de Mallorca veranstalteten KSZE-Treffens vorgeschlagen wird.

64. Die Konferenz bekräftigt deshalb die Bedeutung einer Intensivierung aller Bemühungen um die Ausarbeitung gerechter und dauerhafter Lösungen für die schwierigen Probleme in der Region und die Förderung der Entwicklung und Diversifizierung von Beziehungen zu den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten.

65. Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit sind Voraussetzungen für politische Stabilität und Fortschritt im Mittelmeerbecken und unverzichtbar für die Verhinderung von Massenwanderbewegungen.

66. Aus Prinzip sowie aus praktischen Gründen sollten die europäischen Länder in umfassender Weise

mit ihren südlichen Nachbarn zusammenarbeiten, um die oben genannten Ziele zu verwirklichen.

67. In diesem Zusammenhang unterstützt sie die von der Interparlamentarischen Union ergriffene Initiative im Hinblick auf die Veranstaltung einer interparlamentarischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM), die im Tätigkeitsprogramm der IPU vorrangig berücksichtigt werden sollte.

Zukünftige Maßnahmen der Interparlamentarischen Union

68. Seit der Unterzeichnung der Charta von Paris ist die KSZE durch die Weiterentwicklung ihrer Strukturen und die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung, die ihr eine umfassende demokratische Dimension verleiht, gestärkt worden. Die politische Rolle der KSZE, welche dadurch zu einem der wichtigsten Instrumente der neuen europäischen Ordnung geworden ist, wurde in beachtlichem Maße bekräftigt.

69. Es ist in dieser Hinsicht von wesentlicher Bedeutung, daß die Interparlamentarische Union den Beitrag festlegt, den sie zu den zukünftigen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem KSZE-Prozeß leisten möchte, insbesondere mit dem Ziel, auf parlamentarischer Ebene die Interaktion zwischen solchen Aktivitäten und weltweiten Belangen und Anstrengungen zu verstärken.

70. Darüber hinaus sollte die Union die von ihr im Bereich der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gemachte Erfahrung anderen Regionen in der Welt zur Verfügung stellen.

71. In diesem Sinne

- a) äußert die Konferenz den dringenden Wunsch nach der Einführung einer wirksamen Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE und der Union, welche in ihrer Eigenschaft als weltweite Parlamentarierorganisation die Interaktion zwischen den von der Parlamentarischen Versammlung der KSZE in Europa unternommenen und denjenigen Anstrengungen erleichtern kann, die in anderen Regionen sowie auf weltweiter Ebene erfolgt sind;
- b) empfiehlt die Konferenz den nationalen Parlamenten, sicherzustellen, daß ihre Delegationen bei der Parlamentarischen Versammlung der KSZE aktive Mitglieder der Union umfassen;
- c) schlägt die Konferenz der Interparlamentarischen Union vor, aufgrund ihrer eigenen Erfahrung und in ihrer Eigenschaft als weltweite Organisation den einzelnen Institutionen der KSZE ihre Zusammenarbeit anzubieten, insbesondere durch einen Informationsaustausch mit dem Büro für freie Wahlen in Warschau;
- d) schlägt die Konferenz dem Interparlamentarischen Rat die Errichtung geeigneter Mechanismen vor, die es der Union ermöglichen, den KSZE-Prozeß zu verfolgen und zu unterstützen, insbesondere da-

- durch, daß der Rat weiterhin während der satzungsgemäßen Konferenzen Informationssitzungen für die Delegationen der betreffenden Parlamente durchführt;
- e) schlägt die Konferenz vor, das Programm für technische Zusammenarbeit der Union zu verstärken, um die Parlamente Mittel- und Osteuropas bei der Verbesserung ihrer Infrastruktur und der ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mittel zu unterstützen und ebenfalls zu einer Koordinierung der Aktivitäten in diesem Bereich beizutragen;
 - f) fordert die Konferenz die KSZE-Staaten auf, sicherzustellen, daß die IPU eingeladen wird, auf dem vom 4. bis 15. November 1991 in Oslo veranstalteten Expertenseminar über demokratische Institutionen einen Beitrag vorzulegen;
 - g) fordert die Konferenz die nationalen Gruppen auf, die bestehenden bilateralen Abteilungen zu erweitern, deren Aktivitäten zu intensivieren und bilaterale Kontakte, insbesondere zur Förderung des KSZE-Prozesses, zu vertiefen;
 - h) schlägt die Konferenz dem Interparlamentarischen Rat vor, zu untersuchen, ob in anderen Regionen Mechanismen zur Orientierung am KSZE-Prozeß errichtet werden, wie dies bereits für den Mittelmeerraum beabsichtigt ist;
 - i) fordert die Konferenz alle nationalen Gruppen der KSZE-Länder auf, rechtzeitig zu ihrer nächsten Sitzung am 9. Oktober 1991 in Santiago (Chile) einen schriftlichen Bericht vorzulegen über die Aktivitäten, die sie zur Verwirklichung der oben erwähnten Empfehlungen unternommen haben.

